



Gedenkort für Rassismus-Opfer auf Kesselbrink

■ **Bielefeld** (aut). Um auf die Opfer von Rassismus und Rechtsextremismus aufmerksam zu machen, schlägt eine Initiative aus drei Dutzend Gruppen aus dem linken und religiösen Spektrum einen Gedenkort auf dem Kesselbrink vor. SPD, Grüne, Linke, Die Partei und LiB schließen sich dem an und stellen heute im Stadtrat einen Antrag, dass der Rat die Initiative unterstützen solle. Insbesondere gehe es um die Opfer des rassistischen Terroranschlags am 19. Februar 2020 in Hanau, bei dem neun Menschen ums Leben kamen.

Auf dem Kesselbrink soll der Gedenkort unter Beteiligung des Integrationsrates gestaltet und die Namenstafel erhalten werden. In Hanau seien unschuldige Menschen durch einen rassistischen Täter grausam aus dem Leben gerissen worden, heißt es in der Begründung. Seit 1990 seien in Deutschland mindestens 213 Menschen aus rassistischen und rechtsextremistischen Motiven getötet worden. Zu den Initiatoren des Gedenkortes zählen u. a. Antifa-Gruppen, Studentenvertretungen, Frauengruppen, Grüne Jugend, IBZ, Jusos, Jüdische Hochschulgruppe, Bündnis gegen Rechts und Falken.

Schleifarbeiten an den Gleisen der Linie 2

■ **Mitte/Heepen**. Auf der Stadtbahn-Linie 2 zwischen den Haltestellen Milse und Schüco werden von heute an bis Montag, 22. März, Schleifarbeiten durchgeführt. Betroffen sind beide Fahrtrichtungen. Die Arbeiten dienen dazu, den Geräuschpegel zu senken, wenn Stadtbahnen zukünftig diesen Bereich passieren. Ein Schienenschleifwagen arbeitet die Strecke dabei Stück für Stück ab. Um den Stadtverkehr nicht zu beeinträchtigen, werden die Schleifarbeiten in den Nachtstunden, jeweils von 0 bis 6 Uhr, vorgenommen. Beeinträchtigungen durch Lärm können nicht ausgeschlossen werden.

Gottesdienste in Brackwede fallen aus

■ **Brackwede**. Die Gottesdienste in der Brackweder Bartholomäuskirche entfallen bis auf Weiteres. Die Kirche bleibt aber montags bis freitags von 16 bis 18 Uhr und sonntags von 10 bis 11 Uhr zur stillen Einkehr geöffnet. Am Gründonnerstag ist die Kirche von 18 bis 19 Uhr, am Karfreitag von 10 bis 11 sowie 17 bis 18 Uhr geöffnet.

Emmaus-Gemeinde feiert Gottesdienste

■ **Senne**. Die Emmaus-Gemeinde in Senne feiert am Sonntag, 21. März, wieder Gottesdienste. Los geht's um 10 Uhr in der Friedenskirche. Auch weiterhin gibt es den wöchentlichen Impuls zum Sonntag.

Wo Bielefeld noch Baugebiete zulassen will

Der Rat wird heute mit rot-grün-roter Mehrheit fast 500 Hektar Siedlungspotenzial aus Stellungnahme zum Regionalplan streichen. Das soll Grünzüge, Kleingärten und Grabeland schützen – aber Platz für Wohnen und Gewerbe lassen. Doch daran gibt es Zweifel.

Joachim Uthmann

■ **Bielefeld**. Bielefeld wächst. Doch Fläche ist knapp. Wo können künftig noch Wohnhäuser gebaut, wo kann Gewerbe angesiedelt werden? Die Richtung wird der neue Regionalplan vorgeben, der eine Perspektive bis 2040 aufzeigen soll. Vor 2023 ist nicht mit ihm zu rechnen. Doch die Stadt muss jetzt die Weichen dafür stellen. Die neue rot-grün-rote Mehrheit im Rat will da deutlich engere Grenzen ziehen. Fast 500 Hektar (rund 700 Fußballfelder) will sie streichen. Das löst Kritik aus.

Der Regionalplan setzt kein Baurecht – er beschreibt den Rahmen, in dem die Stadt Wohngebiete oder Gewerbegebiete zulassen könnte. In dem Entwurf sind so mehr als 1.300 Hektar (rund 1.800 Fußballfelder) enthalten. Doch sie gelten erstmal nur als Option. Als wirklichen Bedarf für Bielefeld werden aber nur 385 Hektar für Wohnen und 300 Hektar für Wirtschaft anerkannt. Bielefeld geht von einem Bevölkerungswachstum bis 2040 von zwei Prozent aus.

„Dafür brauchen wir Spielraum“, sagen die städtischen Experten. Und den soll der Regionalplan über „Vorratsflächen“ zulassen. Nimmt man aber die 1.300 Hektar, gäbe es erhebliche Einschnitte in Natur, Grün und Äcker. Schon die Verwaltung rät, Flächen herauszunehmen. SPD, Grüne und Linke wollen aber noch mehr streichen.

◆ **Poggenpohl**: Nördlich des Hochschulcampus Nord mit der Fachhochschule könnte ein Wohngebiet für bis zu 10.000 Menschen Richtung Babenhausen entstehen. Doch Rot-Grün-Rot will den großen Freiraum mit dem Babenhauser Bach schützen. Übrig bleiben für Bebauung sollen Randflächen am Campus Nord sowie ein 2,5 Hektar breiter Streifen an der Babenhauser Straße.

◆ **Untersee**: Ein zweiter Stausee des Johannesbachs steht immer noch im alten Regionalplan. Das Projekt, das mal bis zu 90 Hektar groß werden sollte, wird gestrichen. Der Rat hatte so bereits votiert. Die FDP beantragte, die Option offen zu



Für neue Baugebiete wie Hollensiek in Babenhausen soll es weitere Flächen geben, aber weniger als Kritiker wünschen. FOTO: ANDREAS ZOBE



Die Trasse der B 66n entlang der Bahnlinie nach Lippe soll gestrichen werden. Doch so einfach ist das nicht. FOTO: DETLEF WITTIG

halten. Doch die Mehrheit lehnt das ab.

◆ **Grünzüge**: Wie weit dürfen Bauvorhaben in das einzigartige Bielefelder Grünzugsystem eingreifen? Hier hatte es immer wieder Konflikte gegeben. Rot-Grün-Rot sagt: Innerstädtische Grünzüge, Bachläufe, Kleingärten und Grabeland sind grundsätzlich zu schützen und nicht für Siedlungsraum auszuweisen. Kleine Ausnahmen gibt es aber.

◆ **Stadtbezirke**: An mehreren Stellen wird der Rat neue Baugebiete ablehnen, etwa am Köckerhof in Jöllenbeck, südlich der Milser Straße in Heepen oder der Wilhelmstraße in Senne. Frei bleiben soll auch die Fläche am ZiF oberhalb der Uni und der Wertherstraße. Bei landwirtschaft-

lichen Flächen sollen nicht nur hochwertige gesichert werden.

◆ **Verkehr**: Die Trasse der B 66n entlang der Bahnlinie nach Lippe möchte Rot-Grün-

Infos und Hilfe

◆ Für die Umweltverbände und den Naturschutzbeirat schränkt der Regionalplanentwurf Natur und Landschaft zu sehr ein. Er werde den Zielen Klima schützen, Flächenverbrauch eindämmen, Ressourcen schonen und Artenschutz nicht gerecht, verfehle das dringend notwendige Umsteuern zu flächensparender Siedlungsentwicklung. Kritisiert wird, dass der Plan durch



Auf der großen Freifläche nördlich des Campus Nord soll kein großes Wohngebiet für 10.000 Menschen entstehen. FOTO: DETLEF WITTIG



Der Untersee in der Johannesbachau, den der Rat schon abgelehnt hat, soll auch raus aus dem Regionalplan. FOTO: DETLEF WITTIG

Rot aus dem Regionalplan canceln, weil sie andere Nutzungen behindert. Problem hier ist aber, dass sie noch im Bundesfernstraßenplan steht. Sven

Frischemeier (SPD): „Da soll sie möglichst schnell raus.“ Rein sollen dafür das Radverkehrsnetz OWL als eigene Karte, Projekte des Nahverkehrsplans, Verlängerungen des Stadtbahnnetzes, Bahnhalte-

stellen und -anschlüsse sowie ein Ersatzgüterumschlagplatz.

◆ **Wohnen**: Weil Wohnungsbau und die Baulandstrategie nicht abgewürgt werden sollen, ergänzt die Stadt ihre Stellungnahme um das Bielefelder Baulandprogramm mit mehr als einem Dutzend kleiner potenzieller Gebiete. SPD, Grüne und Linke meinen, so „ein ausgewogenes Verhältnis“ zwischen Spielraum für Bauland und Gewerbe, Berücksichtigung der Stadtbezirke sowie Sicherung der Umwelt-, Klima- und Naherho-

Sorgen der Kleingärtner

■ **Schildesche**. Das Kürzel ASB schreckt Kleingärtner und Grabeländler. Es bedeutet im Regionalplan allgemeine Siedlungsgebiete. Und die reichen teils in das Grünnetz mit ihren Parzellen. Deshalb ist bei vielen die Sorge groß, diese zu verlieren. Die Ratsmehrheit will ASB in den Grünzügen, Kleingartenanlagen und Grabeländern ausschließen – lässt aber an einigen Stellen Lücken.

In Schildesche rund um Birkenhain (Koblenzer Straße), Gellershagenpark und Westerfeldstraße (Bultkamp) sammeln Betroffene deshalb Unterschriften. Dazu nahm Schildesches Bezirksbürgermeister Martin Sauer (Grüne) Stellung: Bei Birkenhain und Gellershagenpark gebe es nach Beschluss der Bezirksvertretung keine Einschränkungen wie für den Grünzug bis Universität und Bültmannshof: „Hier sind die Sorgen unberechtigt!“ Anders sei es allerdings beim Grabeland an der Westerfeldstraße, von dem „eine relativ kleine Fläche“ unterhalb der Siedlung Stapelbreite als ASB festgelegt werde – als Notreserve für Wohnbebauung. Luftschneise und Naturschutz müssten aber berücksichtigt werden.

lungsbelange gefunden zu haben, wie Frischemeier betont. Daniela Kloss (Grüne): „Wir schaffen Fläche für Wohnen und Gewerbe, räumen Klima- und Naturschutz aber eine besonders hohe Priorität ein.“

Das stört CDU und FDP. „Sie verschließen die Augen für den Bedarf des wachsenden Oberzentrums“, hält Simon Lange (CDU) der Mehrheit vor. Er vermisst Perspektiven für Hochschulen, Wirtschaft und Bekämpfung des Wohnungsmangels. Reiner Seifert (FDP): „Wir brauchen Optionsflächen, sollten uns nicht freiwillig in Not bringen.“

Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss stimmten in einer Sondersitzung mit rot-grün-roter Mehrheit zu. Dem wird der Rat heute folgen.

Parkhaus statt sozialer Wohnungsbau an der Rosenhöhe?

Brackweder entwickelt Idee für die 12.000 Quadratmeter große städtische Brachfläche.

■ **Brackwede** (SL). Sozialer Wohnungsbau oder eine Kindertagesstätte – das waren oder sind Ideen für die Bebauung der städtischen Brache an der Rosenhöhe. Nun ist ein neuer Vorschlag hinzugekommen: ein Parkhaus. Der Brackweder Augenarzt Klaus-Jörg Otto hält diese Alternative für sinnvoll, um den Parkdruck insbesondere durch die Fahrschüler des Campus' Rosenhöhe auf die Nachbarschaft zu verringern.

Dass die Berufskollegs in Brackwede ihr Programm ständig ausweiten sei einerseits eine gute Sache, andererseits führe es dazu, dass die Schülerinnen und Schüler von immer weiter weg nach Brackwede kämen und kaum eine Alternative zum eigenen Auto hätten. Dazu komme der Parkplatzbedarf des Klinikums Rosenhöhe sowie des AWO-Seniorenzentrums.

Otto schlägt daher der Bezirksvertretung Brackwede vor, den Parkplatzbedarf mit einem „schönen Parkhaus“ zu decken – oder, „wenn dafür kein Geld vorhanden ist, zumindest eine Parkfläche bereitzustellen“. Durch zusätzli-

che Stellplätze würden auch die Nebenstraßen, wie Lehar- oder Johann-Strauß-Straße, weniger zugesperrt und damit auch die Rettungswege womöglich blockiert. Auch der Parkstreifen am evangelischen Friedhof, dessen zeitliche Parkhöchstdauer ständig unterlastet werde, könne damit entlastet werden, schreibt Klaus-Jörg Otto in seiner Bürgeranregung.

»Wir warten auf ein städtebauliches Konzept«

Der städtische Immobilienservicebetrieb (ISB), dem das Grundstück an der Brackweder Straße gehört, sieht indes weiterhin vorrangig sozialen Wohnungsbau auf dem Gelände. So ist jedenfalls der Kenntnisstand von Arne Steinriede, Abteilungsleiter Planen und Bauen (West) im Bauamt. „Wir warten auf ein städtebauliches Konzept, das sozialen Wohnungsbau beinhaltet.“ Eine städtische Tochtergesellschaft habe grob vorgeplant, wohin die Reise gehen

könnte. Aber bis heute sei noch kein konkreter Vorschlag gekommen, der in einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan für das Gelände an der Brackweder Straße münden könnte.

Dass dieser jedoch keine entfernte Zukunftsmusik ist, liest sich aus der Antwort der Bezirksvertretung (BZV) an Klaus-Jörg Otto. Ihm wird empfohlen, seine Anregung in dem „in absehbarer Zeit einzuleitenden Bebauungsplanverfahren vorzubringen“. Ganz unabhängig davon, werde sich die BZV aber mit der Parknot rund um die Rosenhöhe beschäftigen und sich von der Verwaltung geeignete Standorte zum Parken vorschlagen lassen.

Seit fünf Jahren versucht die Stadt im Prinzip sozialen Wohnraum auf dem Grundstück gegenüber der Stadtbahnhaltestelle „Rosenhöhe“ zu schaffen. Im ersten Anlauf ist sie krachend gescheitert, da Nachbarn mit Klagen und weiteren Klageandrohungen gegen die bereits geplanten Projekte zu Felde gezogen waren. Auf dem 12.000 Quadratmeter großen Grundstück soll-

ten in zwei Baufenstern zwei unterschiedlich gestaltete Gebäude mit insgesamt 40 Wohneinheiten entstehen.

Im Dezember 2019 hatte das Bauamt der Bezirksvertretung mitgeteilt, dass ein nunmehr privater Investor Gespräche mit den Nachbarn aufgenommen habe, die sich ebenfalls „als schwierig und langwierig erwiesen“ hätten. Allerdings sei man mittlerweile soweit gediehen, dass ein Planungsbüro beauftragt werden könne,

das die Unterlagen für den Bebauungsplan erstellt und das Projekt danach entsprechend fortgesetzt werden könne. Öffentlich wurde bisher nichts. Das bereits gerodete Gelände wächst langsam wieder zu.

Sollte nun beispielsweise die BGW ihr Glück versuchen, müsste aber auch diese mit den Nachbarn Einvernehmen herstellen. Für die technische Versorgung und Entsorgung brauche es immer die Leitungsrechte, erklärt Arnd Steinriede.



Berufsschulen und Klinikum fehlen Parkplätze. Warum also nicht an der Brackweder Straße ein Parkhaus bauen? FOTO: ANDREAS ZOBE

Schon wieder rammt Bahn einen Pkw

■ **Schildesche** (jüm). An der Beckhausstraße ist es zum zweiten Mal in dieser Woche zu einem Zusammenstoß zwischen einer Straßenbahn und einem Pkw gekommen. Höhe der Straße „Meierfeld“ kollidierte am Mittwochmittag eine Bahn der Linie 1 mit einem VW Touran.

Der 49-jährige Autofahrer beabsichtigte, gegen 14.55 Uhr von der Beckhausstraße nach links auf ein Grundstück abzubiegen. Dabei übersah er die herannahende Stadtbahn, die in Richtung Schildesche unterwegs war. Im Schienenbereich kam es zum Zusammenstoß. Dabei wurde die Stadtbahn vorne rechts an der Schürze beschädigt. Der Pkw wurde vorne links so massiv eingedellt, dass sich die Fahrertür nicht mehr öffnen ließ und der Fahrer sein Auto nur noch durch die Beifahrertür verlassen konnte. Er blieb unverletzt. Die 25-jährige Bahnfahrerin erlitt einen leichten Schock. Erst am Montag gab es Höhe Deciusstraße den Zusammenstoß eines Pkw mit der Stadtbahn.